

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/7162

Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein e.V.
Andreas-Gayk-Straße 15 · 24103 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses
Herrn Christopher Vogt
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Landesgeschäftsstelle
Andreas-Gayk-Straße 15
24103 Kiel

Tel. (0431) 590 99 - 10
Fax (0431) 590 99 - 77
info@vzsh.de
www.vzsh.de

Per Email: wirtschaftsausschuss@landtag.ltsh.de

Ihr Zeichen

Unser Zeichen

Telefon

Datum

05.01.2017

„Für eine zukunftssichere Altersversorgung“
Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/4217

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Vogt,
sehr geehrte Mitglieder des Wirtschaftsausschusses,

vorab bedanken wir uns für die Gelegenheit, eine Stellungnahme im Namen der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein zu dem oben aufgeführten Antrag abgeben zu dürfen.

Die Zahl der als armutsgefährdet gelten Rentner nimmt ständig zu. Diese Herausforderung wird sich angesichts des demographischen Wandels und sich ständig verändernder Erwerbsbiographien verschärfen. Um das Armutsrisiko im Alter zu mindern sind die im Antrag der Fraktion der FDP dargestellten Forderungen förderlich, doch keinesfalls ausreichend.

Zu den einzelnen Vorsorgekomponenten nehmen wir wie folgt Stellung:

Zu I.1. Das Vorsorgekonto

Wir befürworten die Einführung eines Vorsorgekontos, wie es bereits auf Initiative der Verbraucherkommission Baden-Württemberg initiiert und von der Deutschen Rentenversicherung Baden-Württemberg, von Öko-Test und dem Bund der Versicherten konkretisiert wurde. Darüber hinaus belegen die Erfahrungen der Verbraucherberatung, dass gerade bei der langfristigen Vorsorge für den Ruhestand möglichst geringe Kosten entscheidend sind, um angemessene Renditen zu erzielen. Nach unserer

Förde Sparkasse
IBAN DE36210501701002096327
BIC NOLADE21KIE

Steuer-Nr. 19 294 76146

Anerkannt als gemeinnützige Körperschaft durch das Finanzamt Kiel-Nord

Eingetragen im Vereinsregister Nr. VR 1700
Amtsgericht Kiel

Vorstandsvorsitzender
Peter Beushausen

Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein e.V. Geschäftsführer
Stefan Bock

Seite 2 von 4 Seiten des Schreibens vom 05.01.2017

Ansicht ist nur eine Non profit-Lösung als Vorsorgekonto ohne Abschluss- und Vertriebskosten und mit niedrigen Management- und Verwaltungskosten dazu geeignet, freiwillig eingezahlte Gelder der Anleger zu bündeln und in ihrem Sinne zu investieren.

Zu I.2. Die Basisabsicherung durch die gesetzliche Rentenversicherung

Selbstverständlich sollte jede Institution, so auch die Deutsche Rentenversicherung effizient und effektiv arbeiten. Ob bei einem Verwaltungsaufwand von gerade einmal 1,4 % in 2015 Potential für eine Straffung der Organisation der Deutschen Rentenversicherung zu Gunsten der Versicherten besteht, vermögen wir nicht zu beurteilen.

Wir teilen die Forderung nach einer systematischen Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen (z.B. höhere Renten wegen Kindererziehung oder wegen der Pflege von Angehörigen) und deren Festschreibung.

Um das Armutsrisiko im Alter bei Selbstständigen zu reduzieren, scheint uns eine Lockerung der Vorsorgeverpflichtung oder Pflichtversicherung einzelner Selbstständiger in der gesetzlichen Rentenversicherung als nicht sachgerecht.

Zu I.3. Betriebliche Altersvorsorge

Betriebliche Altersvorsorge in kleinen und mittelständischen Betrieben findet überwiegend durch Entgeltumwandlung in eine Direktversicherung statt. Diese Anlage in eine kapitalbildende Versicherung zehrt vielfach die Erträge durch hohe Verwaltungs- und Vertriebskosten vollständig auf. Wer die betriebliche Altersvorsorge attraktiver gestalten möchte, muss daher leicht handhabbare und kostenoptimierte Vorsorgekonzepte entwickeln oder die Höhe der Abschluss und Verwaltungskosten per Gesetz beschränken. Wenn die Einführung einer Opting-Out-Lösung dazu führt, dass Teile des Arbeitseinkommens der gesetzlichen Rentenversicherung vorenthalten und an Anbieter kapitalbildender Versicherungen geleitet werden, benachteiligt dies den Arbeitnehmer derzeit. Denn während die gesetzliche Rentenversicherung auch längerfristig eine Rendite von zwei bis drei Prozent pro Jahr angibt, wurde der Höchstrechnungszins - also die garantierte Leistung für den Verbraucher - bei kapitalbildenden Lebens- und Rentenversicherungen zum 01.01.2017 reduziert und auf 0,9 Prozent festgelegt.

Seite 3 von 4 Seiten des Schreibens vom 05.01.2017

Wenn die Erträge einer betrieblichen Altersversorgung hoch genug sind, können hieraus auch leicht die Beiträge zur Kranken und Pflegeversicherung geleistet werden. Dies ist auch erforderlich, denn nach unserer Ansicht würde die Reduzierung oder Abschaffung der Beitragspflicht zur Kranken- und Pflegeversicherung zu einer Belastung sämtlicher Versicherten führen. Dieser Einnahmeverlust müsste für den Erhalt einer leistungsfähigen Kranken- und Sozialversicherung durch eine allgemeine Beitragserhöhung ausgeglichen werden. Wegen der voraussichtlichen Veränderung der Zusammensetzung der Altersstruktur unserer Gesellschaft wäre die abnehmende Gruppe der jungen Arbeitnehmer dann besonders von hohen Sozialversicherungsabgaben betroffen. Diese Nachteile wiegen die Vorteile für andere Teile unserer Gesellschaft nicht auf.

Zu I.4. Private Vorsorge

Wertpapieren als Baustein zur Altersvorsorge eröffnen viele Chancen, aber auch große Risiken. Erst wenn sichergestellt ist, dass die Eigenschaften von Wertpapieren und die grundlegenden Funktionen der Finanzmärkte zum Allgemeinwissen der Bevölkerung zählen, kann dem Verbraucher die Verantwortung auferlegt werden, ein Wertpapier zur Altersvorsorge auszuwählen und damit die Risiken eines Kursverlustes zu tragen. Die Vermittlung des erforderlichen Wissens hat unseres Erachtens bereits in den Schulen durch optimal fortgebildete Lehrer aus dem Fachbereich Verbraucherbildung und für Erwachsene durch unabhängige Einrichtungen zu erfolgen.

Ergänzende Forderungen der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein

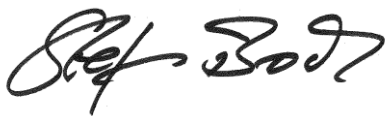
Altersarmut lässt sich nicht durch neue Vorsorgekomponenten und weitere zulagengeforderte Produkte bekämpfen. Nur wer die Möglichkeit hat, im Erwerbsleben genug Einkommen zu erwirtschaften, kann für das Alter vorsorgen. Die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein spricht sich daher für dringende Reformen in den nachfolgenden Punkten aus:

- Eindämmung des Niedriglohnsektors und atypischer Beschäftigungsverhältnisse
- Mehr Investitionen in Bildung, Ausbildung und Qualifizierung

Seite 4 von 4 Seiten des Schreibens vom 05.01.2017

- Flächendeckender Ausbau der qualifizierten Kinderbetreuung auch für den schulischen Bereich (nicht zu verwechseln mit Kinderaufbewahrung)
- Förderung von außerschulischer Bildung
- Mehr Preistransparenz bei der Anlageberatung durch Preis- und Kostenhinweise bereits zu Beginn des Beratungsgesprächs
- Stärkung der anbieterunabhängigen Honorarberatung

Mit freundlichen Grüßen



Stefan Bock
Geschäftsführer
bock@vzsh.de



gez. Michael Herte
Referat Finanzdienstleistungen
herte@vzsh.de